Nummer 9 — 25. Jahrgang
1mal wöch. Bezugspreis: für Januar 3.— M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 13. Januar 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Bassenge & Friesche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Abt. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722 und 32538.

Die Finanzlage Sachsens

Etatzahlen sind nicht jedermanns Sache. Vielfach aber gelten sie — ob der Einzelne sie kennt oder nicht — als die Sündenböcke für alle Uebel der Vergangenheit und der Gegenwart. Etatzahlen waren die Quelle der Inflation. Etatzahlen sind die Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise. Sie sind verhaßt beim Steuerzahler, der sich allerdings nur selten um Etats kümmert, weil er froh ist, wenn er die vorbildlich unklaren Formulare der Steuerbehörde ausgefüllt hat. Sie sind aber auch in gleicher Weise unbeliebt beim Diener des Staates, beim Beamten, weil dieser am deutlichsten die Unzulänglichkeit dieser äußerlich sehr hohen Zahlen verspürt. Und doch muß jede Kritik an der Führung der Staatsgeschäfte, sofern sie eine wirtschaftlich-finanzielle Seite hat, entweder vom Etat ausgehen oder ihre Auswirkungen auf den Etat zurückstrahlen. Und wenn auch den Ländern in den letzten Jahren die Finanzhoheit in weitestem Umfang genommen und dem Reiche übertragen worden ist, so ist doch der Bereich der Probleme, die die Finanzwirtschaft der Länder angehen, kaum geringer geworden. Einzelne Berufsgruppen werden es bezeugen, daß gerade heute, da sich in der Wirtschaft Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten türmen, Landessteuern neben den Reichssteuern außerordentlich belastend empfunden werden können. Schließlich muß der Forderung höchster Sparsamkeit auch vom kleinsten öffentlichen Haushalt peinlichst nachgekommen werden, wenn sie für das große Ganze einen Sinn haben soll.

Es ist ein Zeichen der wiedergekehrten Ordnung, daß in Sachsen der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926, das erst mit dem Monat April beginnt, bereits jetzt vom Kabinett verabschiedet und an den Landtag gegeben worden ist. Bedeutsamer aber ist die Tatsache, daß in einer außergewöhnlich kritischen Zeit die sächsische Finanzwirtschaft mit dem neuen Etat eine bedeutsame Wendung zum Besseren aufweist. Zum ersten Mal seit Jahren weist der Zuschußbedarf des Staatshaushaltplanes einen nicht unbeträchtlichen Rückgang um etwas mehr als 13 Millionen Mark auf, und zwar von 220 250 000 Mark im laufenden Rechnungsjahr 1925 auf 207 070 000 Mark 1926. Bei diesen Zahlen bleibt zu bedenken, daß für den neuen Etat die im Vorjahre vorgenommene Erhöhung der Beamtenbezüge erst voll zur Auswirkung kommen wird, und eine weitere Erhöhung des Wohnungsgeldes in Rechnung gestellt werden mußte.

Jedenfalls bedeuten diese Zahlen — die vorläufig allerdings nur auf dem Papier stehen — eine ganz beachtliche Ersparung. Diese ist bekanntlich bei der Starrheit und Beharrlichkeit eines öffentlichen Verwaltungskörpers keine leichte Sache. Der Beamtenabbau hat die an ihn geknüpften Hoffnungen kaum erfüllt. Die Pensionslasten, die einmal zum beträchtlichen Teil auf Kriegsverluste zurückgehen, die des weiteren auch durch den sogenannten Abbau um 7 Millionen angewachsen sind, weisen mit 44,5 Millionen Mark einen Höchststand auf, der nach Meinung des Finanzministers in den nächsten Jahren sich wieder verringern dürfte. Gleichwohl will diese Zahl, mehr als ein Fünftel des ganzen Zuschußbedarfs für Pensionen, viel besagen. Sind das doch etwa drei Viertel des gesamten Einkommensteueraufkommens in Sachsen im letzten Friedensjahr. Wenn aber trotzdem eine beachtliche Herabminderung des Zuschußbedarfes herausspringt, so darf man es den verantwortlichen Stellen glauben, daß sie mit Zielstrebigkeit und Klarheit zu Werke gegangen sind und eine mühevolle Arbeit erledigt haben.

Zum ersten Male konnte im neuen Etat die bisher ständig steigende Zahl der Beamten gegen 1925 um 88 heruntergesetzt werden, obwohl auf manchen Gebieten ein Zugang an planmäßigen Beamten unvermeidlich war, so z. B. an den höheren Schulen infolge des anhaltend starken Andranges an neuen Schülern sowie bei den Heil- und Pflegeanstalten mit ihren gegen das Vorjahr stark steigenden Verpflegtenziffern. Die Herabminderung der Beamtenstellen ist jedoch durch Nichtwiederbesetzung entbehrlicher Vakanzen erreicht worden. Auf diesem organischen Wege des Abbaues will man auch in Zukunft fortfahren, um durch strenge Prüfung der Entbehrlichkeit jeder vakanten Beamtenstelle Ersparnisse zu erzielen, die sich von Jahr zu Jahr in steigendem Maße auswirken werden. Dabei ist Vorsorge getroffen, daß der Stellenabbau so vorgenommen wird, daß die Beförderungsverhältnisse der Beamten nicht verschlechtert werden.

Gespart hat man insbesondere auch durch Einschränkung der sächlichen Ausgaben, die man auf das Allernotwendigste beschränkte. Während man bei allen Ministerien eine Verminderung des Zuschußbedarfes erzielte, hat man der steigenden Erwerbslosigkeit durch Erhöhung des für die produktive Erwerbslosenfürsorge bestimmten Betrages Rechnung zu tragen gesucht. Ob man jedoch mit den relativ sehr bescheidenen Mitteln für diesen Zweck dem wachsenden Uebel der Erwerbslosigkeit auch nur einigermaßen fühlbar zu begegnen in der Lage sein wird, scheint mehr als zweifelhaft. Wenn nicht alles trügt, werden wir in absehbarer Zeit mit einer stärkeren Erwerbslosigkeit als etwa im Durchschnitt des vergangenen Jahres zu rechnen haben. Dann aber dürfte sehr bald die Frage einer produktiven Erwerbslosenfürsorge wieder im Brennpunkt der Diskussion stehen. Was z. B. beim Staatsstraßenprojekt möglich ist — die Herstellung hochwertiger Decklagen auf unseren Staatsstraßen, die den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs genügen, auf Konto des außerordentlichen Etats (nur die Beträge für Zinsen und Amortisation sind ab 1926 in den ordentlichen Etat eingesetzt) — das sollte auf anderen Gebieten ebensogut möglich sein. Wenn es auch vielleicht politisch richtig ist, die Kosten dieses unbedingt nötigen Ausbauprogramms nicht in den Jahren der Not durch Steuer-Erhöhungen zu decken, so darf man doch nicht übersehen, daß es sich beim Straßenbau im Grunde nicht um ein rentetragendes Anlagevermögen handelt. Diese Deckung aus dem außerordentlichen Etat widerspricht also einem grundsätzlichen finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundsatz. Und es gibt wirtschaftliche Notwendigkeiten, die dem sehr aktuellen Verkehrsproblem in keiner Weise nachstehen, sondern mindestens ebenso gebieterisch nach Lösung schreien, ohne daß ohne außerordentliche staatliche Maßnahmen (d. h. Notmaßnahmen, die zweifellos kein Ideal zu sein brauchen) ein Ausweg in absehbarer Zeit abzusehen wäre. Es sei nur an die traurige Lage der Wohnungswirtschaft erinnert. Hier handelt es sich zweifellos um rententragende Kapitalanlagen. Die Bauanteile der Mietzinssteuer drohen eher geringer denn größer zu werden, d. h. aber die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren. Sollten nicht hier endlich einmal auch die Möglichkeiten der außerordentlichen Mittelbeschaffung des Staates restlos ausgeschöpft werden? Gäbe es trotz der hohen Zinssätze nicht Mittel und Wege (wenn auch steinige!), um auf dem Wege über den Wohnungsbau die kriselnde Wirtschaft anzukurbeln und der Erwerbslosigkeit energischer auf den Leib zu rücken? Selbst jene ängstlichen Hausbesitzer, die in jeder staatlichen aus der Notlage geborenen Einmischung sozialistische Experimente wittern, sollten bedenken, daß der Staat erst dann ein Interesse an der wirtschaftlich richtigen und notwendigen Rentabilität des Hausbesitzes hätte, wenn er selbst beträchtliche wirtschaftliche Werte auf diesem Gebiete investiert hätte. Jedenfalls scheint uns auf diesem Gebiet der Optimismus des Finanzministers in bezug auf die Wirtschaftslage zu passiv. Es ist noch sehr die Frage, ob man mit dem Schlagwort von der „Reinigungskrise" noch lange den Kern der Sache treffen wird. Dann nämlich, wenn sich die liberalistische Theorie von der Selbstkorrektur und Selbstheilung der Wirtschaft etwa als stark verrostet und überlebt erweisen sollte. Zumindest müßte man schon heute praktische aktive Notmaßnahmen, die das Uebel nicht nur im Zaume zu halten, sondern gegebenenfalls auszurotten vermögen, bereit haben für den doch durchaus möglichen Fall, daß die Wirtschaftspessimisten recht behalten.

Die sächsischen Finanzen erscheinen aber noch in anderer Hinsicht in nicht weniger rosigem Lichte. Man erwartet für 1926 eine Erhöhung der Einnahmen um etwa 25 Millionen Mark. Das wäre an sich eine traurige Freude für Wirtschaft und Steuerzahler, wenn das die Folge eines neuen Anziehens der Steuer-Daumenschraube wäre. Glücklicherweise liegen die Dinge wesentlich günstiger. Der Mehrertrag ist zurückzuführen auf zwei den Steuerzahler weniger berührende Momente. Einmal auf einen Erfolg des Finanzministers Dr. Reinhold bei den jüngsten Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich. Sachsen als Industrieland war durch den bisherigen Verteilungsschlüssel, der das örtliche Steueraufkommen völlig unberücksichtigt ließ, stark benachteiligt. Es durfte in gewissem Sinne Steuern für andere „ärmere" Länder aufbringen. Jetzt hat man endlich durchgesetzt, daß vom April 1926 ab bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer, sowie der Umsatzsteuer wenigstens teilweise das örtliche Aufkommen berücksich-

Heute abend Entscheidung

Vor der endgültigen Stellungnahme der Parteien

Berlin, 12. Januar.

Unsere Berliner Schriftleitung drahtet uns über die Lage: Wenn auch der Reichspräsident von Hindenburg den für die Bildung der Großen Koalition in Frage kommenden Parteien eine Frist bis Donnerstagvormittag gesetzt hat, wird die eigentliche Entscheidung doch heute abend schon fallen müssen, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Beschluß fassen wird. Ob der heute vormittag tagende Fraktionsvorstand durch einen besonderen Vorschlag die Stellungnahme der Fraktion beeinflussen kann, darf zweifelhaft erscheinen, denn nach den jüngsten hier vorliegenden Nachrichten halten sich Freunde und Gegner der Großen Koalition ziemlich die Wage, sofern nicht die Sympathien für die Große Koalition augenblicklich etwas überwiegen. Wenn die Sozialdemokraten heute abend ihre prinzipielle Bereitschaft zum Eintritt in die Regierung erklären werden, dann steht allerdings auf Grund des Hindenburgschen Ultimatums für die interfraktionelle Verhandlung nur eine verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung. Die schwere Aufgabe der entscheidenden Verhandlungen wird dem Kanzlerkandidaten zufallen, den der Reichspräsident am Donnerstag mit der Bildung der Regierung betrauen wird.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages, die um 3 Uhr ihren Anfang nimmt, wird nur kurze Zeit dauern, da sich um 5 Uhr bereits die Fraktionen versammeln wollen. Es tagen nach dem Plenum die Fraktion der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten.

*

Bei den Bemühungen um die Herstellung der Großen Koalition richtet sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Sozialdemokratische Partei, deren Parteivorstand gestern zusammengetreten ist. Heute abend tagt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Aus der Partei selbst liegen einander widersprechende Meinungsäußerungen vor. Der preußische Ministerpräsident Braun tritt in einem dem „Berl. Tagebl." gewährten Interview entschieden für die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ein. Er erklärte, die Sozialdemokratische Partei würde vieles tun können, um die Auswirkungen der herrschenden furchtbaren Wirtschaftskrise erheblich zu mildern. Es käme jetzt alles darauf an, daß die vier Parteien, die die große Koalition bilden müssen, von dem ernsten Willen beseelt seien, unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundsätze und Forderungen das zu tun, was die schwierige politische und wirtschaftliche Lage des Volkes erheische. Deshalb müsse die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung an der Reichsregierung mit übernehmen.

Anderer Meinung ist der „Vorwärts". Er schreibt: Eine entschlossene republikanisch gesinnte, den sozialen Forderungen der arbeitenden Massen entgegenkommende bürgerliche Partei oder Parteigruppierung, mit der die Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden könnte, besteht nicht. Solange sie nicht besteht, bleibt jede Koalition bestenfalls nur ein Rettungsmittel in höchster Not oder eine Verlegenheitslösung. Die entscheidende Frage bleibt, ob es zurzeit möglich ist, eine stabile Mehrheit zu schaffen und in ihr wichtige Arbeiterforderungen durchzusetzen. Aus diesem Gesichtspunkte werde auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Entscheidung treffen.

Ebenso bedeutungsvoll ist natürlich die Haltung der Deutschen Volkspartei. Wie die „B. Z." wissen will, besteht in volksparteilichen Kreisen keine prinzipielle Abneigung gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Es sei denn, daß als Vorbedingung der Koalition derartige Forderungen aufgestellt werden, auf die die Volkspartei sich nicht auf lange Zeit verpflichten zu können glaubt. — Aehnlich formuliert die „Tägliche Rundschau": Beschweren die Sozialdemokraten ihr etwaiges Ja mit der Last ihrer damaligen (d. h. im Dezember gemachten) Voraussetzungen, so sprechen sie ein Nein aus. Notwendig ist eine sozialdemokratische Entscheidung dahin, ob die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung ebenso wie die anderen Parteien ohne parteipolitische Voraussetzungen übernehmen will, allein in der Absicht, eine sachliche Regierungspolitik zu betreiben.

*

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag 5 Uhr die Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) und Koch (Demokrat) zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsbildung. Hierbei legte der Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Entscheidung über die Betrauung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgesetzt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuchs des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der Großen Koalition erschöpft sähen, und erneute Verhandlungen begonnen hätten, in ihren Absichten nicht zu stören. Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit der Schaffung der Großen Koalition vorliege. Eine weitere Verzögerung durch Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, bis spätestens Donnerstag vormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen. — Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch antworteten übereinstimmend, daß sie den Ausführungen des Herrn Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beitreten und daher alles zur Beschleunigung der Klärung Notwendige veranlassen würden. Sie stellten die Mitteilung über das Endergebnis der Verhandlungen für spätestens Donnerstag vormittag in Aussicht.

Am Abend hatten Fehrenbach und Koch eine Unterredung mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller, der auf die Vorstellungen der beiden Abgeordneten erwiderte, er könne vor der heutigen Fraktionssitzung keine Erklärungen abgeben.

SLUB
Wir führen Wissen.